

NEUIGKEITEN AUS DER REGION HANNOVER FÜR EINEN SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN AUFBRUCH.

Mai 2023



Silke Gardlo

Silke Gardlo
Fraktionsvorsitzende

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

die Regionsversammlung hat in ihrer letzten Sitzung die Medizinstrategie 2030 mit wichtigen Ergänzungen durch einen rot-grünen Änderungsantrag beschlossen.

Dieser Beschluss bedeutet:

- Eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung für alle Menschen in der Region Hannover
- Gute Perspektiven für die Standorte Laatzen und Lehrte

■ Das Klinikum Region Hannover verbleibt in kommunaler Trägerschaft und ist damit

■ weiter ein attraktiver Arbeitgeber für die Mitarbeitenden.

Die nachfolgenden Redebeiträge unseres gesundheitspolitischen Sprechers, Angelo Alter, und mir fassen die Diskussion und die Ergebnisse zusammen.

Außerdem informieren wir mit diesem Newsletter über weitere Punkte zum Umwelt- und Klimaschutz aus der Regionsversammlung, geben einen Rückblick auf unsere vielen Außentermine und berichten z.B. über den Zukunftstag 2023 in unserer Geschäftsstelle.

Frohe Pfingsttage und viel Spaß beim Lesen.

Regionsversammlung beschließt die Medizinstrategie 2030 - Wichtige Ergänzungen durch SPD und Grüne

Redebeitrag der Vorsitzenden der SPD-Regionsfraktion Hannover, Silke Gardlo, in der Regionsversammlung vom 23. Mai 2023.

Es gilt das gesprochene Wort.

Zustimmung zur Medizinstrategie 2030

Heute werden wir einen wichtigen Schritt für eine sichere und zukunftsfähige kommunale Gesundheitsversorgung für die ganze Region Hannover unternehmen, die Medizinstrategie 2030 steht zur Abstimmung an.

Die gesamte Krankenhauslandschaft befindet sich aktuell im Wandel. Investitionsstau, Personalmangel, steigende Qualitätsanforderungen und der Trend zu ambulanten Behandlungen stellen Kliniken bundesweit vor große Herausforderungen. Davon sind insbesondere Krankenhäuser in kommunaler Hand betroffen. Mit der Medizinstrategie 2030

will sich das Klinikum Region Hannover diesen veränderten Rahmenbedingungen stellen. Diesen Schritt unterstützen wir!

Das KRH strebt eine gestufte Versorgungsstruktur aus Grund- und Regel-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung an und will seine Leistungen stärker konzentrieren. Gleichzeitig bleibt ein gut erreichbares Versorgungsangebot sowohl im Umland als auch in der Landeshauptstadt erhalten.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben diese Medizinstrategie intensiv sowohl intern als auch in den Ausschüssen und in verschiedenen Veranstaltungen und Gremien beraten. Dabei haben sich für uns einige weitere Punkte zur Umsetzung ergeben, die wir zusätzlich mit einem Änderungsantrag in die Regionsversammlung einbringen. Insbesondere für die Standorte Laatzen und Lehrte wollen wir eine klare Perspektive

bieten und Planungssicherheit schaffen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei meiner Fraktion für die konstruktive Zusammenarbeit und die solidarische Haltung bedanken. Besonders für zwei Abgeordnete waren es harte Monate. Wir haben viel miteinander diskutiert und auch miteinander um den besten Weg gerungen. Ich freue mich, dass wir ihn heute gemeinsam weitergehen werden!

Da die heute zu beschließende Medizinstrategie nicht den Abschluss des Themas, sondern den Auftakt zu vielen weiteren Planungen und Entscheidungen markiert, finde ich es richtig, wenn wir die Beratungen in einem angemessenen Rahmen weiterführen. Wir werden uns daher für einen neuen Ausschuss einsetzen, in dem es aber nicht nur um das KRH, sondern auch allgemeiner um die gute Gesundheitsversorgung in der Region Hannover gehen soll.

Mit den angestrebten Maßnahmen stellen wir die Weichen dafür, das Klinikum in öffentlicher Trägerschaft zu halten und zukunftssicher aufzustellen. Die geplanten Rahmenbedingungen von Bund und Land bieten uns jetzt die Chance, die Gesundheits- und Notfallversorgung in der Region deutlich zu verbessern und stärker an den Bedürfnissen von Patient*innen auszurichten. Mit unserem Änderungsantrag wollen wir auch die Standorte in Laatzen und Lehrte stärken, indem wir bereits gemachte Investitionszusagen vor dem Hintergrund der neuen Medizinstrategie vor Ort sicherstellen und das Profil der Standorte schärfen.

Konkret sieht der rot-grüne Änderungsantrag vor, dass der Standort Laatzen als Grund- und Regelversorger samt Notfallversorgung gestärkt und um ein attraktives Portfolio an ambulanten Angeboten erweitert wird. Die Modernisierung der zentralen

Regionsversammlung beschließt die Medizinstrategie 2030 - Wichtige Ergänzungen durch SPD und Grüne

Notaufnahme soll fortgesetzt und eine Projektentwicklung beauftragt werden, um die Weiterentwicklung des Agnes-Karll-Krankenhauses voranzubringen.

Am Standort Lehrte sprechen die Koalitionsfraktionen sich für die Einrichtung eines Regionalen Gesundheitszentrums (RGZ) in kommunaler Trägerschaft aus. Dieses soll sowohl über stationäre Betten, als auch über ein breites ambulantes Angebot verfügen. Die Verwaltung wird mit dem Änderungsantrag gebeten, dafür eine Förderung beim Land Niedersachsen zu beantragen. Sollte ein RGZ nicht realisierbar sein, soll am Standort Lehrte ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) als Gesundheitscampus mit einem attraktiven und bedarfsgerechten ambulanten Angebot in kommunaler Trägerschaft entwi-

ckelt werden. Sowohl RGZ als auch MVZ sollen zu einer deutlichen Verbesserung der ambulanten Notfallversorgung führen. Eine Projektentwicklung soll auch in Lehrte mit der Realisierung des Gesundheitscampus beauftragt werden. Erklärtes Ziel der Koalitionsfraktionen ist es, ein durchgehendes Versorgungsangebot zu gewährleisten.

Weiterhin sieht der Änderungsantrag vor, dass die Neubauplanungen für Großburgwedel in Abstimmung mit dem Land fortgesetzt werden, gleichzeitig aber auch die Möglichkeit einer trägerübergreifenden Lösung für den Osten der Region mit dem Land ernsthaft geprüft wird.

Der Änderungsantrag beschäftigt sich aber auch mit der Personalentwicklung, in

die wir dringend investieren müssen, Denn alle baulichen und technischen Maßnahmen sind nichts, ohne das entsprechende Personal. Wir wollen den Beschäftigten im KRH gute Arbeitsbedingungen und eine bedarfsgerechte Personalausstattung ermöglichen.

Mit unserem Änderungsantrag reagieren wir auf die berechtigten Sorgen der Menschen in der Region Hannover, insbesondere in Lehrte und Laatzen. Für beide Standorte schaffen wir eine verlässliche Perspektive und ein attraktives Versorgungsangebot. Auch an weiteren Standorten wird es Veränderungen geben, die sind nicht weniger gravierend, wie insbesondere die Verlagerung der Leistungen des Nordstadtkrankenhauses ans Siloah. Zuweilen schien die ganze Medizinstrategie

Fortsetzung von Seite 1

sich ja nur im Umland abzuspielen, aber um eine gute Versorgung für die gesamte Region anzubieten ist eine maximale Versorgung in der Landeshauptstadt wichtig. Hier ist die Erreichbarkeit aus allen Umlandkommunen am besten, auch aus den Kommunen, die kein Krankenhaus vor Ort haben.

Unser Ziel ist es, den kommunalen Klinikverbund zukunftsfähig aufzustellen. Ich würde mich freuen, wenn dies nicht nur von rot-grün so gesehen wird, sondern eine breitere Unterstützung finden würde. Leider ist davon wohl nicht auszugehen, denn konstruktive Lösungen oder Ideen waren bisher von CDU und FDP oder auch den Linken nicht zu erkennen.

Mit weiter so kommen wir aber nicht weiter!

Redebeitrag des gesundheitspolitischen Sprechers der SPD-Regionsfraktion Hannover, Angelo Alter, in der Regionsversammlung vom 23. Mai 2023.

Es gilt das gesprochene Wort.

In den letzten Wochen und Monaten haben wir viel über die geplante Medizinstrategie des KRH hören und lesen dürfen. Diejenigen, die sich schon länger mit dieser Thematik auseinandersetzen, wissen, dass die Neuausrichtung der medizinischen Versorgung und Anpassung der Krankenhausinfrastruktur ein hochkomplexes Unterfangen darstellt mit vielen verschiedenen Stellschrauben auf unterschiedlichen Ebenen. Einfache Lösungen gibt es ganz sicher nicht.

Und eins ist auch sicher: die Medizinstrategie ist gewiss keine willkürliche Laune der

Geschäftsführung oder des Aufsichtsrates, um den Konzern in irgendeiner Weise am Leben oder in Bewegung zu halten, sondern einzig die gebotene und zwingend notwendige Reaktion auf geänderte Verhaltensweisen von letztlich uns allen.

Denn schon seit Jahren stellen wir fest, dass die Menschen immer mehr ambulante Behandlungen wollen und im Falle eines geplanten medizinischen Eingriffs Spezialkliniken bevorzugen. Und sind wir mal ehrlich: niemand von uns möchte ernsthaft krank werden und bei geplanten Eingriffen würde jeder von uns das Krankenhaus auswählen, das ihm die bestmögliche Behandlung bietet. Das muss übrigens auch nicht immer ein Krankenhaus sein, das zum KRH gehört oder in der Region Hannover liegt. Auch da sollten wir ehrlich sein.

Erstaunlicherweise sind sich bei diesem Thema fast alle einig, dass es nicht so bleiben kann, wie es ist. Das sagen uns nicht nur die Geschäftsführung des KRH, sondern auch die Experten der Regierungskommission auf Bundesebene.

Erst letzte Woche haben uns Prof. Dr. Karagiannidis und Frau Gürkan in einer Sondersitzung noch einmal bestätigt, dass die geplante Medizinstrategie richtig ist und dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Viele Krankenhausverbände in Deutschland schauen auf uns und betrachten das KRH als Vorbild!

Denn im Gegensatz zu anderen Regionen in der Republik haben wir nach Auffassung der Experten eine echte Chance auf eine positive Zukunft für unser KRH. Wir sind in einer privilegierten Lage



Angelo Alter | Sprecher für Soziales, Wohnungswesen, Gesundheit und Teilhabe

und sollten das nicht fahrlässig aufs Spiel setzen!

Wir haben von den Experten allerdings auch erfahren, dass alle Krankenhäuser, die jetzt in einer Schockstarre verharren, ein desaströses Ende finden werden. Wer jetzt nicht handelt, wird ein unkontrolliertes Krankenhaussterben bekommen!

Regionsversammlung beschließt die Medizinstrategie 2030 - Wichtige Ergänzungen durch SPD und Grüne

Von dieser Gemengelage ausgehend muss sich letztlich jeder von uns in den Gesamtkontext einordnen und positionieren. Natürlich kann man die vorgeschlagene Medizinstrategie kritisieren, man darf sie sogar ablehnen, aber als politisch Verantwortlicher sollte man schon einen Standpunkt beziehen und klar sagen, wofür man steht und was man will.

Die Linke in der Regionsversammlung zum Beispiel will die Medizinstrategie bis auf weiteres aussetzen und sich dazu noch in rechtliche

Streitigkeiten mit dem Land begeben. Das halten wir für grundfalsch und werden es daher ablehnen.

Aber wofür steht die CDU/FDP? In der ganzen Diskussion kenne ich von Ihnen, meine Damen und Herren, bis heute keinen verschriftlichten Standpunkt darüber, wie Sie sich die Zukunft des KRH konkret vorstellen. Ihr bescheidener Beitrag besteht lediglich aus einer Resolution mit allgemein hinlänglich bekannten Forderungen an Bund und Land. Zudem überziehen Sie die Verwal-

tung mit Anfragen, ohne dass aus den gegebenen Antworten zielgerichtetes politisches Handeln folgt. Was ist das eigentlich für eine Haltung? Meines Erachtens ist das ein politisches Armutzeugnis und macht deutlich, dass Sie für Stillstand stehen!

Sie, meine Damen und Herren von CDU/FDP, gerieren sich gerne als Anwalt besorgter Bürgerinnen und Bürger, aber was antworten Sie den Menschen? Was sind Ihre konkreten Ideen und wie sehen Sie die Zukunft des KRH? Die Wahrheit

Fortsetzung von Seite 2
ist, dass Sie keine eigenen Ideen haben und stattdessen in eine Schockstarre verfallen sind. Nehmen Sie die Warnung der Experten ernst, sonst werden auch Sie ein desaströses Ende finden.

Zum Abschluss nur noch dies:
Wir wissen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinter der Medizinstrategie stehen und bereit für Veränderungen sind. Lassen Sie uns diesen Spirit für Veränderung jetzt nutzen und unser KRH gemeinsam zukunftsfest machen!

Weitere Beschlüsse aus der Regionsversammlung

Die Folgen der fortschreitenden Klima- und Biodiversitätskrise sind bereits heute unübersehbar. Um diesen zu begegnen und genaue Informationen aus verschiedenen Teilsystemen zu erhalten, haben wir in der letzten Regionsversammlung zwei wichtige Anträge verabschiedet.

Mit der Umsetzung einer Wald-, Moor, und Bodenstrategie sollen die Auswirkungen der Erderhitzung auf für die CO₂-Speicherung bedeutsame Böden im Regionsgebiet analysiert und daraus konkrete Handlungsmaßnahmen abgeleitet werden, denn diese Flächen sollen einen aktiven Teil dazu beitragen, Treibhausgasemissionen zu binden.

Zum Antrag „Entwicklung einer Wald-, Moor- und Bodenstrategie für die Region Hannover“ der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, hier der Redebeitrag unseres stellvertretenden umweltpolitischen Sprechers, Dr. Robert Schmitz.

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Vorsitzende, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

der Wald, das Moor sind geradezu mythische Orte, die oft bedichtet und besungen wurden.

Gerade in unserer hochtechnisierten Welt von heute kommt ihnen allerdings auch eine gravierende funktionelle Bedeutung zu.

Dabei geht es um für uns alle lebenswichtige Faktoren wie Klimaschutz, Biodiversität und den Wasserhaushalt.

Der Wald reguliert in seinem Bereich direkt das Klima, ist ein Wasserspeicher und liefert mit Holz auf erneuerbare Weise einen Rohstoff. Ein Hektar Wald bindet zudem in hundert Jahren ungefähr 600 Tonnen Kohlendioxid.

In einem typischen intakten Moor ist der Effekt ebenso groß. Auch Grünlandflächen sind potente Kohlenstoffspeicher.

Durch unvorteilhafte Eingriffe des Menschen in Wald, Boden und Moor, dessen Abtorfung und Entwässerung bis heute einen besonders schädlichen Einfluss haben,

Mit der Umsetzung eines Wassermengenmanagementkonzeptes wird ein Überblick über den Ist-Zustand des Grundwasserangebots sichergestellt. Im Anschluss können dann zukünftige Wasserbedarfe prognostiziert und daraus ggf. notwendige Maßnahmen, z.B. zur Verbrauchsminderung oder zur Erhöhung der Versorgungssicherheit, abgeleitet werden.

Das Erreichen der Treibhausgasneutralität bis 2035 ist das übergeordnete Ziel der Region Hannover. Die Verabschiedung dieser beiden Anträge ist ein weiterer Schritt bei der Erreichung dieses Ziels und ermöglicht es der Region Hannover den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen.

kommt es zu verstärkter Kohlendioxidfreisetzung.

Der vorliegende Antrag setzt sich für die Trendumkehr ein, hin zum Potenzial von Wald, Moor und Boden als Senken für Kohlendioxid und somit zu einem entlastenden, kompensatorischen Beitrag zur Klimabilanz der Region Hannover.

Für das wichtige Ziel der Klimaneutralität der Region bis 2035 wird es nämlich nicht ausreichen, nur die belastenden Beiträge zur Treibhausgasbilanz zu betrachten und zu minimieren.

Auch das Thema der Artenvielfalt wird mit dem vorliegenden Antrag adressiert. Dies trägt der UN-Biodiversitätskonferenz in Montreal



Rechnung, die im vergangenen Jahr für Aufsehen gesorgt hat. Dort wurde beschlossen, dass in den kommenden Jahren ca. 20 Prozent geschädigter Ökosysteme zu renaturieren sind.

Die Regionsverwaltung soll beauftragt werden, eine um-

fassende Wald-, Moor- und Bodenstrategie zu entwickeln und umzusetzen, die sich an Leitlinien des Bundes orientiert und mit einem Aktionsprogramm ab 2024 auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene förderfähig ist.

Folgendes sind die wesentlichen Ziele für die Strategie:

- Der Waldanteil in der Region soll erhöht werden.
- Der naturnahe Waldbau wird zugunsten eines höheren Laubbaumanteils vorangetrieben, um die Wasserbilanzen der Wälder zu verbessern. Dabei soll ein Zustand erzielt werden, in dem der menschliche Einfluss sich weitgehend zurückgezogen hat.

- Die Wiedervernässung und Renaturierung der Moorflächen und eine Entwicklung der Grünland- und Waldflächen werden aktiv betrieben, und der Grunderwerb von Wald-, Moor- und Grünlandflächen durch die Region wird vorangetrieben.

Es besteht die große Aufgabe, dem Klimawandel und

der Umwelterstörung entgegen zu treten, die vom Menschen durch seine Lebens- und Wirtschaftsweise verursacht werden.

In diesem Sinne ist der vorliegende Antrag dazu geeignet, ein mächtiges Instrument bereit zu stellen, und ich bitte um Zustimmung.

Zum Antrag „Wassermengenmanagement für die Region Hannover“ der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, hier der Redebeitrag von Walter Zychlinski, Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz.



Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Regionspräsident, werte Kolleginnen und Kollegen,

Wasserverknappung im Sommer, Grundwasserzehrung, reduzierte Niederschläge über das Gesamtjahr und reduzierte Auffüllung der Grundwasserkörper auch in den Wintermonaten. Alles dies berechtigt nicht nur zur Sorge, es verlangt vor allem nach intensiver Vorsorge und schnellem Handeln.

Wir haben mit feuchten und Wasser bereithaltenden Gebieten über mehr als ein Jahrhundert gewirtschaftet, indem wir das Wasser so schnell wie möglich wegge-

leitet haben, indem wir Drainagen gelegt haben, indem wir begradigt haben, indem wir versucht haben, das Land urbar bzw. nutzbar zu machen. Alles dies war zu dieser Zeit richtig und notwendig, bereitet jedoch unter den Bedingungen des Klimawandels erhebliche Probleme. Mit Wasser sparsam umzugehen, das Wasser in der Landschaft zu halten und entsprechend gereinigtes Abwasser in die Wassergewinnung zurückzuführen, ist das Gebot der Zeit. In Zeiten der Wasserverknappung, des Klimawandels, der nachlassenden Niederschläge, müssen wir hier nicht nur umdenken, sondern auch ein sehr großes Projekt in Angriff nehmen: Die weitgehende Umgestaltung der bestehenden Gewässerarchitektur. Damit am Ende ein steuerbares Wassermanagement möglich ist, das bei Starkregen das Wasser fortleitet, aber vor allem auch in der Lage ist, in der überwiegenden Anzahl der Monate eines Jahres die Wasserverknappung aufzuhalten. Hierfür sind Fördermittel einzuwerben, ansonsten sind die sich darstellenden Aufgaben in der Region und in ihren Kommunen nicht zu bewältigen.

Auffälligstes Beispiel für unsere derzeitige Situation ist der Fuhrberger Forst, aus dessen Grundwasserkörper werden 700 000 Menschen in der Region mit Trinkwasser versorgt.

Der Grundwasserkörper wird in den letzten Jahren und Jahrzehnten tendenziell in den regenreichen Monaten nicht mehr ausreichend wieder aufgefüllt, dies gilt übrigens für Gesamtniedersachsen und hieraus abgeleitet auch für die anderen Teile unserer Region, wo Grundwasser für die Trinkwasseraufbereitung entnommen wird. Auch die Prognosen machen wenig Mut, sie reichen von langanhaltender, aber vorübergehender Dürrephase über mehrere Jahre (also: es wird schon wieder) bis zur Grundwasserzehrung auf Dauer. **Handeln ist also dringend geboten.**

Das Problem an dieser Stelle: Es gibt in dem Problemfeld viele Akteure und keine Koordination; wurde zunächst erst einmal die Verantwortung zwischen den Akteuren hin- und hergeschoben, so ist jetzt allerdings von den Akteuren (also den betroffenen Kommunen, den Trinkwasserversorgern, der Gewässerunterhaltung und den Wasserverbänden, Abwassergesellschaften, Fachbehörden und der Landwirtschaft) zunehmend erkannt worden, dass nur mit gemeinsamem Handeln die Herausforderungen zu meistern ist.

Um das gemeinsame Handeln dieser Aufgabenträger (Sie sind auch im Antrag genannt) zu koordinieren, zu organisieren, zu planen und Maßnahmen umzuset-

zen braucht es zur Steuerung und zur Lenkung dieses großen Gesamtvorhabens ein Wassermengenmanagement-Konzept für die gesamte Region.

Wir brauchen unser Trinkwasser, wir müssen größere Wertschätzung auf das Lebensmittel Trinkwasser gewinnen, wir müssen unser Handeln verändern, sprich: das Wasser halten, es rückführen und sparen. Wir brauchen ein modernes Wassermengenmanagement!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ihre Zustimmung für diesen notwendigen Schritt. Wir bewegen uns in einem Handlungsfeld, das zur Daseinsvorsorge in dem wesentlichen Bereich der Trinkwasserversorgung gehört und daher **unsere größte Beachtung verdient!**

Und nicht nur so ganz nebenbei muss man auch sagen, dass eine Wiedervernässung natürlich auch ein Wiedergewinnen der Artenvielfalt in den entsprechenden Gebieten darstellt, die biologische Diversität wird sich hier wieder einstellen können und sich erweitern.

Ich finde: Enorm viel für ein (in Anführungszeichen) „Nebenprodukt“ eines Wassermengenmanagements!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Besuch bei der Lebenshilfe in Seelze

Am 22. Mai 2023 besuchten die Mitglieder der AG Soziales, Wohnungswesen, Gesundheit und Teilhabe (SWGt) die Lebenshilfe Seelze. Die Lebenshilfe verfolgt das Ziel Menschen mit Behinderungen ein weitgehend selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Der Schwerpunkt des Besuchs waren die umfangreichen Themen Barrierefreiheit, Wohnen und gesellschaftliche Teilhabe. Personengruppen die durch Beeinträchtigungen Schwierigkeiten mit der deutschen Standardsprache haben, dürfen nicht von der Kommunikation im Alltag ausgeschlossen werden. Hierfür gibt es ein Büro der Leichten Sprache, welches sich mit dem

Thema intensiv auseinandersetzt und dieses fördert.

Zudem erhielt die AG einen guten Einblick in die Arbeit der Frauenbeauftragten, des Werkstattrates und der Bewohnervertretung der Lebenshilfe Seelze.

Der Sprecher der AG SWGT Angelo Alter zu dem Besuch: „Barrierefreiheit beginnt bei der Verwendung von „leichter Sprache“ im Alltag und endet bei baulichen Maßnahmen wie zum Beispiel der barrierefreien Gestaltung öffentlichen Raums und Wohnungen. Als Politik müssen wir für ein größeres Verständnis werben und mit Förderprogrammen gezielt mehr Barrierefreiheit fördern, weil letztlich die ganze Gesellschaft von mehr Barrierefreiheit profitiert.“



v.l.: Sandra Schrader-Timmermann (Leitung Büro Leichte Sprache), Kathrin Schümann, Innovationsmanagerin, Claudia Schübler, Angelo Alter, Cordula Wilberg (Pädagogische Leitung), Leyla Hatami, Christina Schlicker, Johannes Seifert, Christian Siemers (Vorstand).

Schul- und verkehrspolitische Sprecher tauschen sich mit Schüler:innen der Sophienschule über verkehrspolitische Anträge aus

Am 22. Mai 2023 haben sich unser schulpolitischer Sprecher Thilo Scholz und unser verkehrspolitischer Sprecher Frank Straßburger mit Schüler:innen des 8. Jahrgangs der Sophienschule in Hannover getroffen.

Die Schüler:innen hatten im Januar im Rahmen der Veranstaltung „BlickRichtung Region“ der Region Hannover und mads („Medien an der Schule“) verkehrspolitische Anträge ausgearbeitet.

Aus dem Gespräch haben wir wichtige Impulse für unsere Arbeit mitgenommen, haben ein konkretes Bild davon bekommen, was die Schüler:innen gerne verbessert hätten und werden nun überlegen, wie wir die Anliegen angehen können.

Am 14. Juni 2023 werden wir uns mit einer weiteren Schüler:innengruppe der Sophienschule treffen und sind schon sehr gespannt auf weitere Gespräche, die bestimmt mindestens genauso interessant sein werden.



v.l.: der schulpolitischer Sprecher Thilo Scholz und der verkehrspolitische Sprecher Frank Straßburger bei ihrem Besuch in der Sophienschule

AG vor Ort: Besuch der Gutzmannschule in Langenhagen

Am 20. April 2023 besuchten Mitglieder der AG Schule, Kultur und Sport (SKS) die Gutzmannschule in Langenhagen - eine Förderschule mit dem Schwerpunkt Sprachförderung.

Gemeinsam mit der Schulleitung tauschten wir uns über den Schulalltag, das Thema Inklusion im Kontext Förderschule sowie mögliche Wünsche und Bedarfe aus.



v.l.: Thilo Scholz, Olaf Daum (Förderschulrektor), Johannes Seifert und Matthias Paul

Besuch der BBS III (Berufsschule für Berufe am Bau)

Am 15. Mai 2023 besuchten die AGen AWB (Wirtschaft und Beschäftigung) und SKS (Schulen, Kultur und Sport) gemeinsam die BBS III in Hannover.

Wir wollten wissen, welche Möglichkeiten es gibt, einen späteren Universitäts- oder Fachhochschulabschluss zu erreichen, wenn man kein Abitur hat / oder eines auf der Berufsschule erworben hat. Ist das „genauso“ gut? Welche Ausbildungswege bietet eine Berufsschule?

Fazit: der Schul- und Ausbildungsweg nach dem Verlassen einer allgemein bildenden Schule ist heutzutage enorm vielfältig im Angebot und ein Abitur an einer BBS ist genauso wertig wie ein anderes.

Es gibt viele tolle Berufe für junge Menschen und es lohnt sich in jedem Fall, über den Tellerrand zu schauen und einen Blick auf die Angebote der BBSen zu werfen.



v.l.: Die SPD-Regionsabgeordneten Walter Zychlinski, Robert Schmitz, Regina Hogrefe, Thilo Scholz und Matthias Paul

Informationsfahrt des Ausschusses für Abfallwirtschaft zum Thema Recycling

Am 10. Mai 2023 besuchten die Ausschussmitglieder des Abfallwirtschaftsausschusses das VW Werk in Salzgitter, sowie die Electro-cycling GmbH in Goslar, um neue Informationen im Bereich des Elektrorecyclings zu sammeln. Von der SPD-Fraktion dabei waren Regina Hogrefe, Jonas Farwig, Matthias Paul und Wolfgang Toboldt.

Im VW Werk Salzgitter besichtigten die Mitglieder eine Pilotanlage zum Recycling von Akkus aus E-Motoren, die am Ende ihrer Lebenszeit angelangt sind. Auch wenn sich die Anlage noch in der Laborphase befindet, ist dies ein wichtiger Schritt

um bspw. das Recycling von Materialien, wie seltenen Erden, sicherzustellen. Da diese Rohstoffe knapp sind, ist das Recycling hierbei von besonderer Bedeutung.

Nach einem kurzen Mittagessen ging es anschließend weiter nach Goslar zur electro-cycling GmbH. Diese ist einer der größten Verwerter für Elektroschrott in Deutschland und erreicht eine beeindruckende Recyclingquote von 95%. Auch hier wurden spannende Informationen und Anregungen bezüglich des Recyclings von Elektrogeräten gesammelt.

Die gesammelten Erkenntnisse fließen nun in unsere

Arbeit ein. Denn ganz sicher ist: Nur ein funktionierendes Recycling vermindert den Rohstoffverbrauch und die

Treibhausgasemissionen und ist somit ein wichtiger Teil bei der Bekämpfung der Klimakrise.



v.l.: Die Mitglieder im Ausschuss für Abfallwirtschaft Jonas Farwig, Regina Hogrefe, Matthias Paul und Wolfgang Toboldt

Ortstermin des Blinden- und Sehbehindertenverbands

Am 31. März 2023 hat unser Mitglied der AG Verkehr, Jonas Farwig, an einem Ortstermin des Blinden- und Sehbehindertenverbands Niedersachsen in Kleefeld teilgenommen. Der Verband möchte auf die Problematik aufmerksam machen, dass die Stadtbahn- und Bustüren seit der Aufhebung der Corona-Maßnahmen nicht mehr durchgehend öffnen. Für sehbehinderte Menschen bedeutet dies, dass sie nun mit ihren Hilfsgegenständen wie Stöcken an den Fahrzeugen entlang nach offenen Türen suchen müssen. Dabei hat es

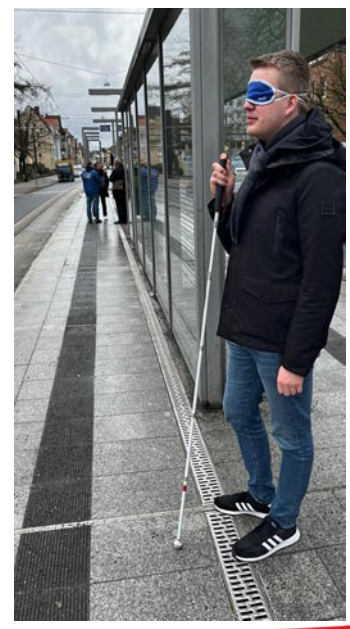
in der Vergangenheit bereits Unfälle gegeben, etwa, weil sehbehinderte Menschen bei ihrer Suche zwischen Wagons geraten sind.

Um die Lebensrealität sehbehinderter Menschen nachvollziehbarer zu machen, hat der Verband die Anwesenden bei dem Ortstermin dazu eingeladen, mit zugebundenen Augen und einem Blindenstock die Fahrt mit einer Stadtbahn zu bestreiten.

Am 30. Mai 2023 wird ein Austausch mit der Geschäftsführung der ÜSTRA

zu diesem Thema stattfinden. Gegen das ständige Öffnen von Stadtbahn- und Bustüren sprechen seitens der ÜSTRA vor allem finanzielle Gründe und die Tatsache, dass die Türen dadurch schneller verschleißten. Gleichwohl ist sich die ÜSTRA der Problematik bewusst und setzt darauf, ihre Fahrer:innen im Umgang mit sehbehinderten Menschen besser zu schulen.

Wir sind gespannt auf das Ergebnis des Austauschs und hoffen auf eine Lösung, die für beide Seiten verträglich ist.



SPD-Regionsfraktion begrüßt die Förderzusage aus dem Bundesverkehrsministerium für einen autonom fahrenden Elektrobuss

Am 21. Februar 2023 in der Regionsversammlung beschlossen, gibt es nun grünes Licht aus dem Bundesverkehrsministerium: Das Projekt ALBUS wird mit 3,6 Mio. Euro gefördert. Dessen Ziel ist es, autonom fahrende Elektrobusse in den regulären Streckenbetrieb zu integrieren. Die Gesamtkosten des Projekts betragen rund 6,3 Mio. Euro.

2023 und 2024 soll der Fahrbetrieb vorbereitet und durch-

geführt werden, bewilligt ist das Projekt bis 2025 und ab Ende 2025 soll der Realbetrieb beginnen. Konkret soll im Rahmen des ALBUS-Projektes die regiobus-Stadtbuslinie 906 in Burgdorf mit einem autonom fahrenden Elektrobuss bedient werden. Mit 50 Sitzplätzen wird er der Größe eines typischen Linienbusses entsprechen und sich mit einer Geschwindigkeit von 40 km/h fortbewegen. Die regiobus-Linie 906 ist bewusst gewählt, denn

sie steuert die BBS Burgdorf als Kompetenzzentrum für Mobilitätsberufe an, womit eine sinnvolle Verknüpfung von Theorie und Praxis geschaffen wird.

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Regionsfraktion, Frank Straßburger, meint dazu: „Ich freue mich über diese zukunftsgerichtete Entwicklung in der Region Hannover. Sie markiert einen weiteren Meilenstein in der Mobilitätswende.“



Frank Straßburger | Verkehrs-politischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion

Zukunftstag 2023 in der Fraktionsgeschäftsstelle

Am 24. April 2023 bekam unser Team Besuch von Hanne aus der sechsten Klasse der Bismarckschule Hannover.

Hanne interessiert sich für Politik und hatte den Wunsch im Rahmen des Zukunftstages 2023 politische Prozesse aus erster Hand zu erleben. Dies haben wir ihr gerne ermöglicht.

Bericht von Hanne zum Zukunftstag 2023

Hi, ich bin Hanne, ich bin 12 Jahre alt und bin auf der Bismarckschule Hannover in der sechsten Klasse.

Ich habe bei der SPD-Fraktion in der Regionsversammlung meinen Zukunftstag gemacht, weil ich mich für Politik interessiere und ich wissen wollte, was es dort für Arbeitsstellen gibt. Beim Zukunftstag habe ich gelernt, dass es außer den Politikern selbst noch viele andere gibt, die dafür sorgen, dass alles funktioniert, z. B. die inhaltlichen Referenten und auch Büroangestellte wie Karin Neumann, bei denen ich mein Praktikum gemacht habe.

Am Anfang des Tages hat mich Frau Neumann am Eingang der Regionsversammlung abgeholt. Danach

Der Zukunftstag wird in jedem Schuljahr für die Schuljahrgänge 5 bis 9 durchgeführt und ermöglicht es Schülern und Schülerinnen einen Einblick in verschiedene Berufsfelder zu gewinnen. Eine tolle Aktion, die wir selbstverständlich unterstützen!

Danke für deinen Besuch Hanne!

war ich mit ihr und den anderen aus dem Team bei einer Teambesprechung, wo sie viel Organisatorisches besprochen haben. Nach dieser wurde mir das ganze Gebäude einmal gezeigt, wo wir unter anderem auch am Büro des Regionspräsidenten vorbeikamen. Was ich sehr beeindruckend fand, wie viele Geschenke Hannover eigentlich von anderen Ländern oder anderen Städten bekommen hat. Die hat man in einer Vitrine ausgestellt gesehen.

Dann habe ich erst mal bei den Referenten gelernt, was eigentlich die Region Hannover ist und worum sich die Regionsversammlung kümmert. Nachdem ich das gelernt hatte, war es auch schon Zeit zum Mittagessen.



Hanne mit dem Team der Fraktionsgeschäftsstelle beim Zukunftstag 2023 vor dem Regionshaus

Als wir wieder in dem Büro der Referenten waren, haben mir diese erstmal erzählt, was sie eigentlich machen. Das fand ich sehr interessant. Ich durfte an einer Sitzung der Verkehrs-AG teilnehmen. Nach einiger Zeit hat mich dann ein anderer Referent noch

zu einem Sonderausschuss zum Thema der neuen Strategie für die Krankenhäuser mitgenommen.

Es war ein spannender Tag!

Impressum

Herausgeberin: SPD-Regionsfraktion Hannover
Hildesheimer Straße 20 | 30169 Hannover
fon: 0511/616 - 22192
E-Mail: spd@regionsversammlung.de
www.spd-regionsfraktion-hannover.de
Verantwortlich: Silke Gardlo | Fraktionsvorsitzende

Bildnachweise:
S. 1 Silke Gardlo, S. 2 Angelo Alter u. S. 7 Frank Straßburger: © Blickpunkt Photodesign, Bödeker
Alle weiteren Fotos: SPD-Regionsfraktion Hannover

